

Änderungsantrag

der Abgeordneten Antje Hermenau, Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Gerd Poppe, Christian Sterzing, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Uschi Eid, Christa Nickels, Gerald Häfner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6005, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 05
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Haushaltsansatz für Mittel zur humanitären Minenräumung bzw. der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit der Minenräumung in Kapitel 05 02 Titel 686 23 – Ausstattungshilfe – wird um 13 350 TDM erhöht.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 1998 und 1999 in Höhe von jeweils 13 350 TDM aufgenommen.

Bonn, den 20. November 1996

Antje Hermenau
Angelika Beer
Winfried Nachtwei
Gerd Poppe
Christian Sterzing
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Dr. Uschi Eid
Christa Nickels
Gerald Häfner
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Landminen sind eine globale Katastrophe. Aus diesem Grund genügen die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung, die Landminenkatastrophe zu lindern, nicht. Gerade aufgrund von

menschenrechtlichen Überlegungen ist eine Erhöhung von Mitteln dafür notwendig, will die Bundesrepublik Deutschland glaubhaft für eine Linderung des Leidens eintreten. Dabei darf die Bundesrepublik Deutschland Minenräumung nicht als engen Begriff fassen. Denn die Landminenproblematik ist in den betroffenen Ländern ein gesellschaftliches Problem. Auch wenn die Minen geräumt sind, bleiben Folgeprobleme. Verschiedene Arten von kurz-, mittel- und langfristiger Hilfe, die eine sich selbsttragende Ökonomie in den betroffenen Ländern und Regionen ermöglichen, sind dazu notwendig. Daher ist es für die Bundesrepublik Deutschland als eines der reichsten Länder eine Pflicht, derartige Projekte zu unterstützen.

Die gegenwärtige Unterstützung der Bundesregierung für internationale Projekte der humanitären Minenräumung ist nur durch Beibehaltung der im Haushalt 1996 eingestellten 10 Mio. DM aufrechtzuerhalten. Nur so bleiben die deutschen Bemühungen international glaubwürdig. Diese Mittel sind Teil des Haushaltstitels „Ausstattungshilfe“. Statt einer Erhöhung ist alternativ auch eine Umwidmung innerhalb des Titels zu Lasten der Hilfe für nationale Armeen möglich, um eine Schwerpunktverlagerung von militärischer zu ziviler Ausstattungshilfe zu erreichen.

Nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen (wie z. B. misereor, oxfam, medico international, jesuit refugee service, mines advisory group) arbeiten auf dem Gebiet der Minenräumung und der Hilfe bei der Lösung der Folgeprobleme. Sie sind auch in den nationalen und internationalen Kampagnen zur Ächtung von Landminen zusammengeschlossen. Unabhängig davon, ob es sich um medizinische Hilfe, um wirtschaftliche Aufbauhilfe, um Vermittlung von Know-how handelt, sind Nichtregierungsorganisationen aktiv und schaffen die Grundlage für die spätere Verwirklichung von Menschenrechten. Projekte im Bereich der Nachsorge sind integraler Bestandteil der Lösung der Landminenkatastrophe.

Die weiteren Erhöhungsmaßnahmen verteilen sich deshalb auf folgende Projekte:

„Weitere Förderung der Ausbildung und Gewerbefördermaßnahmen für Kriegsversehrte in Phnom Penh

Träger: Misereor/Trocaire
Kambodscha
Kosten 0,318 Mio. DM

„Errichtung einer Gewerbeschule für Kriegswaisen in Phnom Penh“

Träger: Misereor/Salesian Province of Thailand
Kambodscha
Kosten 0,865 Mio. DM

„Herstellung und Vertrieb von Rollstühlen für Kriegsversehrte in Kambodscha“

Träger: Misereor/Motivation
Kambodscha
Kosten DM 0,99 Mio. DM

„Community Mine Awareness Programme“

Träger: Misereor/Mines Advisory Group
Angola
Kosten 0,377 Mio. DM

„Minenräumung/Minennachsorge“

Träger: Medico International/Mines Advisory Group
Norderak
Kosten DM 0,4 Mio. DM

„Minenräumung/Minennachsorge“

Träger: Medico International/Mines Advisory Group
Angola
Kosten 0,4 Mio. DM

